

Klaus Steinmetz – Stationen einer Karriere

Wir dokumentieren hier einen Text aus dem Bericht der Frankfurter Gruppe „Kein Friede!“ zu Bad Kleinen, Steinmetz und RAF („Die Niederlage der RAF ist eine Niederlage der Linken“) vom November 1993. Neben der Aufbereitung von Steinmetz' Weg in der Szene bis zum Kontakt mit der RAF wird dieser Spitzeleinsatz in den historischen und politischen Kontext der 80er und 90er Jahre gesetzt. Nur so ist zu verstehen, warum passieren konnte, was passiert ist.

Unsere Auseinandersetzung zielte nicht so sehr darauf, möglichst präzise den Weg des Klaus Steinmetz nachzuverfolgen und zu beschreiben. Sicher, wir haben auch entsprechende Informationen eingeholt und zusammengetragen und wir unterstützen die Arbeit der Recherche-Gruppe in Wiesbaden. Wir haben aber auch gemerkt, dass dadurch schnell der Eindruck entsteht, die vielen Details aus seiner Biographie, die bekannt werden, würden tatsächlich Aufschluss geben über seine Spitzelarbeit. Das tun sie nicht. Das ist unserer Meinung nach erst dann möglich, wenn alle Leute, Gruppen und Zusammenhänge, die irgendwann mit ihm was zu tun hatten, ihre Geschichte kritisch reflektieren. Aber einige markante Punkte müssen herausgearbeitet werden.

Verräter oder Agent?

Vorweg: Genau genommen ist der Begriff "Verräter" für Klaus Steinmetz nicht korrekt. Er war ein Spitzel, ein Agent, oder wie der *Spiegel* schrieb, ein "freier Mitarbeiter". Es war sein Auftrag, die revolutionäre Linke zu infiltrieren und an die RAF heranzukommen. Die Stationen seiner Karriere, die Dauer seiner Spitzeltätigkeit wie auch sein Ausgangspunkt weisen genau in diese Richtung. Klaus Steinmetz war eben nicht der Typ, der von den Apparaten erpresst, schwach geworden ist und seine Genossinnen und Genossen preisgegeben hat, also sich selbst, seine Sache, sein Ziel und seine Identität verkauft. Klaus Steinmetz war von Anfang an das, was in Bad Kleinen in der Erschießung eines Genossen der RAF endete: ein Bulle.

Psychologisiererei ist es, sich daran abzuarbeiten, wie das so einer aushält, der ganz offensichtlich das Szeneleben liebt. Davon gehen wir aus. Aber ein Widerspruch ist es für uns nicht. Denn natürlich ist so ein Job nicht ungefährlich und sicher braucht er eine gehörige Portion an Schizophrenie – aber warum sollte das nicht auszuhalten sein? Eins dazu noch: Der psychologischen Erklärungsmuster gibt es viele; sie sagen vor allem etwas über diejenigen aus, die in ihnen eine Antwort zu finden hoffen. Die eigene Unsicherheit oder auch die Hoffnung, der Verräter könnte noch einen Rest von Anstand haben, produziert Bilder und Entschuldigungen, die die einfachsten Tatsachen schlichtweg ignorieren. In seiner Karriere hatte Klaus Steinmetz hundertmal die Möglichkeit seinen Job zu schmeißen, sich seinen Genossinnen und Genossen zu offenbaren. Das tat er nicht. Gut, wir wissen, auch dafür finden einige Entschuldigungen: die harten Zeiten ... – aber das soll uns mal jemand sagen, wann in den letzten vier Jahren die Verhältnisse untereinander so waren – da haben sich die meisten doch nur in Ruhe gelassen. Das ist denn auch das Problem. Und das hat ihm alle Türen geöffnet.

Selbst in der unmittelbaren Situation des Treffens mit der RAF – auch da hatte Klaus Steinmetz noch die Chance, sich für das Eine oder das Andere zu entscheiden. Und er hat sich entschieden. Eindeutig! Er hatte nicht nur Birgit Hogefeld ans Messer geliefert. Auf seine Information hin, "es kommt noch eine weitere Person", wurde die schon angelaufene Festnahme von Birgit Hogefeld in Wismar im letzten Moment gestoppt. Die Chance, noch

eine/n Illegale/n gefangenzunehmen, wollte sich weder Klaus Steinmetz noch das BKA entgehen lassen. Das hat die Kette ausgelöst, die zur Verwechslung von Wolfgang Grams mit dem Spitzel führte, und dass Wolfgang Grams "laufengelassen" wurde. Das führte nicht nur zu seinem, sondern auch zum Tod des GSGler, der sich irrte, als er dachte, einen Spitzel aus dem Blickfeld zu bringen. Das war die vielgenannte Panne. Ob Klaus Steinmetz wollte, dass Wolfgang Grams starb, ist müßig – aber es war seine Entscheidung, Birgit Hogefeld und Wolfgang Grams auszuliefern.

"Verstärkung der operativen Aufgaben" des Verfassungsschutzes

Der politische Ausgangspunkt seiner Spitzelarbeit ist die Entwicklung Anfang der 80er Jahre. Wir wollen das nur kurz umreißen: Massenhafter Protest und Widerstand organisierte sich gegen die Aufrüstungspläne der Bundesregierung und der Nato – Stichwort: Raketen-Nachrüstungsbeschluss. Hunderttausende Menschen waren auf der Straße, versammelten sich in örtlichen Friedensgruppen, machten Propaganda und Blockaden – und vieles anderes mehr. Da drin und daneben fassten tendenziell revolutionäre Gruppen Fuß und bildeten, unter anderem in militanten Kampagnen gegen die Nato-Militärmaschine, den radikalen Flügel dieser Bewegung. Politisch genauso wie organisatorisch war diese Bewegung heterogen, unterschiedliche gesellschaftliche Standorte und Absichten, gegensätzliche Bewusstseinssebenen und Konsequenzen trafen aufeinander. Sozial wie politisch war diese Bewegung in keinsten Weise systemfeindlich, ihre gesellschaftliche Perspektive war die Demokratisierung an einigen wenigen Punkten.

Gleichzeitig intervenierte die revolutionäre Linke mit hunderten von Angriffen und Sabotageakten. Die Guerilla der Revolutionären Zellen und Rote Armee Fraktion war in diesen Auseinandersetzungen politisch und militärisch präsent. Ausgemacht, in welche Richtung diese Entwicklung geht, war noch nicht. Genauso, wie in weiten Teilen der Friedensbewegung nie klar war, wovor mehr Angst herrschte: Vor der die Kriegsgefahr signalisierenden Aufrüstung oder vor einer möglichen Radikalisierung und Infragestellung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik überhaupt. Darin gab es immer Übereinstimmungen mit der herrschenden Bewusstseinshaltung und mit der Politik der Herrschenden. Überregionale und örtliche "Deeskalationsrunden" zwischen Polizei und führenden Leuten dieser Friedensbewegung waren sich einig, dass auf jeden Fall alles in den geordneten Bahnen verlaufen soll – und die radikalen Kreise isoliert werden müssen.

Diese ideologische Übereinstimmung war auch immer ein Ansatzpunkt des Verfassungsschutzes. Dutzende von Notizen sind uns in Erinnerung, in denen von Anwerbeversuchen berichtet wurde, deren Tenor durchgängig gleich war: Der Protest ist ja legitim, aber er darf nicht aus dem Ruder laufen, an Gewalt, an einer Nähe zur RAF und militanten Gruppen, hätte doch weder die Friedensbewegung noch der Staat ein Interesse – da müsse man zusammenarbeiten. Es ist eine Zeit der Mobilmachung aller Apparate der Inneren Sicherheit, um diese gefährliche Situation in den Griff zu kriegen. Und das nicht nur auf den Straßen, wo der Nachrüstungs-Beschluss von der Polizei prügelnd durchgesetzt wurde. Weniger Beachtung fand zum Beispiel die seit 1982 in den entsprechenden Medien laufende Kampagne zur politischen Durchsetzung von Undercover-Agenten, gegen radikale und revolutionäre Gruppen. Einige Zitate:

"Die Fahndung ins Leere verdeutlicht ein zusätzliches Dilemma der Polizei, die nicht über Informationen zur personellen Gliederung des Gewaltpotentials verfügt. Die Verzichtspolitik der 70er Jahre, als man von einer nachrichtendienstlichen Durchdringung der Szene nichts wissen wollte, die rächt sich jetzt spürbar." *Die Welt*, 11. Mai 82

"Das BKA setzte zu Beginn dieser Woche eine Sonderkommission ein, die im brainstorming mit Experten der Abteilungen 'TE' (Terrorismus) und der Arbeitsgruppe 'RZ' im BKA Wege zum Eindringen in die verschachtelte anarchoterroristische Landschaft erkunden soll." *Die Welt*, 16. Juli 82

"Eine brainstorming-Kommission – in diesem Sommer vom BKA eingesetzt – machte sich an die Aufgabe: wie kann die Polizei in das Gängeviertel der Terroristen eindringen." *Die Welt*, 13. November 82

"Boge, der Nachfolger Herolds" – als BKA-Präsident – "hat in verschiedenen Vorträgen gesagt ... Aber auch in der Terroristenfahndung sollen in Zukunft V-Leute eingesetzt werden. Ausgebildete Kriminalkommissare sollen sich beispielsweise an Universitäten einschreiben und dort Fahndung machen." *taz*, 14. Januar 83

"Aus Gesprächen mit ihm" – (Hellbroich, damaliger Chef der Bundesamtes für Verfassungsschutz) – "weiß man, dass er durchaus dezidierte eigene Vorstellungen hat und diese auch realisieren wird. Dazu gehört eine 'Verstärkung der operativen Arbeit'. Dies gilt aus seiner Sicht nicht nur für die Spionageabwehr, wo sie die Grundlage jedes Erfolges ist, sondern vor allem in den Bereichen des Terrorismus und des Linksextremismus. Darunter versteht Hellenbroich in erster Linie die 'Arbeit mit Quellen', also 'handfeste geheimdienstliche Arbeit', wie er es einmal genannt hat". *Die Welt*, 16. Mai 83

"Zimmermann" – damaliger Bundesinnenminister – "würdigt den Verfassungsschutz. Benötigt werde ein funktionsfähiger und ein informierter Verfassungsschutz, denn der Kampf gegen die Verfassungsfeinde und gegen Gewaltanwendung 'beginnt im Vorfeld der Gefahr und im Vorfeld der Gewaltanwendung'. (...) Vorfeldbeobachtungen in der Terrorismusbekämpfung gehöre zu den Hauptaufgaben des Verfassungsschutzes." *Die Welt*, 23. September 83

1985-1987: Von Kaiserslautern nach Mainz

Wir wissen natürlich auch nicht, ab wann Klaus Steinmetz für den Verfassungsschutz gearbeitet hat. Ob von Anfang an – also ob er sich schon in Kaiserslautern, im Auftrag des VS an der Uni betätigt hat – oder ob er dort erst vom VS angeworben wurde. Im Zusammenhang mit dem Hungerstreik der Gefangenen aus Guerilla und Widerstand 1984/85 kam er in Kontakt mit Leuten, die mit öffentlichen Aktionen diesen Hungerstreik unterstützten. Unter anderem führten sie eine Veranstaltung an der Universität durch. In dieser Zeit war Klaus Steinmetz im Asta und Ansprechpartner. In der allgemeinen Repression des Staatsschutzes – in dieser Zeit wurde selbst das Sammeln von Geld für Gefangene kriminalisiert – wurden dutzende Vorladungen ausgesandt und entsprechend viele Anquatschversuche des VS liefen.

Wie später – im Prozess gegen einige GenossInnen wegen dieser Veranstaltung – deutlich wurde, hatte Steinmetz vor der Staatsanwaltschaft Aussagen gemacht und Leute belastet. Er wurde zur Rede gestellt. Aufgrund dessen wurde die weitere Zusammenarbeit mit ihm abgelehnt. Wir gehen allerdings davon aus, dass ihn seine Chefs zu dem Zeitpunkt nicht mehr als Perspektivagenten angesehen haben können, als jemand, der vor Polizei und Justiz keine Nerven behält, war er identifiziert. Dass er, trotzdem später noch Zugang zur RAF findet, wird ihm anfangs wohl tatsächlich niemand beim VS geglaubt haben. Als Spitzel hat er aber weitergearbeitet. Und er konnte das auch, weil er nach seinem Umzug von Kaiserslautern nach Mainz in eine "Szene" ging, die sich für die Vorgeschichte und Probleme der Leute ohnehin nicht interessierte. Eher war es so, dass

seine Geschichte, in Kaiserslautern von den "Antiimps" schlecht behandelt worden zu sein, in das eigene Bild dieser Leute passte; keine Fragen, zum Beispiel: Was war der Inhalt der Kritik? wurden gestellt, weil jemand nur gut sein konnte, gegen den die "Antiimps" was sagen. So sektiererisch war damals das politische Verhalten.

Klaus Steinmetz bekam Kontakt zu Autonomen und Antifas und bewegte sich im breiten Bereich der gegen die Startbahn West des Frankfurter Flughafens gerichteten Bewegung. Was er dort im Einzelnen trieb, wissen wir nicht. Das müssen auch diejenigen GenossInnen für sich beantworten, die damals mit ihm zu tun hatten. Licht auf seine politische Position zu dem Zeitpunkt wirft folgende Tatsache: Ende Januar 1986 fand in Frankfurt der Kongreß "Antikapitalistischer und antiimperialistischer Widerstand in Westeuropa" statt. Er stieß, insbesondere bei vielen Autonomen, auf heftigen Widerspruch. Ein Teil wollte den Kongress stürmen, Klaus Steinmetz befand sich bei denen, die vor dem Eingang randalierten.

Die Schüsse an der Startbahn – ein Weg zu RAF?

Der 2. November 1987 markiert für die Rhein-Main-Region einen wichtigen Einschnitt. Zwei Polizisten wurden an der Startbahn West am Frankfurter Flughafen durch Leute aus der Startbahnbewegung erschossen. Auf eine solche Eskalation der Auseinandersetzungen war niemand vorbereitet, traf sie doch die Bewegung auch zu einem Zeitpunkt, wo innere Zersetzung und Perspektivlosigkeit jede weitergehende Initiative lähmte. Die staatliche Repression löste eine Welle von Distanzierungen und Verrat aus. Politische und moralische Zersetzung, Korruption in breitem Ausmaß waren die Folgen.

Schon damals war deutlich, dass der Verfassungsschutz unmittelbar mitgemischt hat: Die Einsatzleitung beziehungsweise das Polizeipräsidium in Frankfurt wurde vom VS vorher informiert, dass bei einer Wegkreuzung "Spinne" etwas passieren würde. Nach den Schüssen informierte der VS das Präsidium darüber, dass bei Andreas Eichler die Waffe zu finden sei. Von wem diese Informationen stammten, wurde nie klar. Weder der Staat noch das Spektrum der Startbahnbewegung, das irgendwie was mit den Schüssen zu tun hatte, hatte ein Interesse, diesen Punkt zu klären. Mit einiger Wahrscheinlichkeit können wir heute behaupten, dass Klaus Steinmetz schon damals ein für den VS relevanter Zuträger war. Tatsache ist, dass er mit diesen Leuten aus der Startbahnbewegung Kontakt hatte. Hinzu kommt, dass wir heute wissen, dass er 1987/1988 vom Verfassungsschutz für hervorragende Arbeit belobigt wurde. Wofür konnte, zu dem Zeitpunkt, ein VS-Spitzel schon belobigt werden?

Ein weiteres starkes Indiz ist für uns Folgendes: Klaus Steinmetz und der VS benutzten die Folgen der Schüsse dafür, einen zweiten Versuch zu starten, an die RAF ranzukommen. Die nach den Schüsse einsetzende staatliche Repression gegen Leute aus der Anti-Startbahnbewegung traf sehr viele in unterschiedlichster Art und Weise. Massenhaft wurden Hausdurchsuchungen gemacht, viele Menschen wurden vorgeladen und mit schwersten Vorwürfen konfrontiert, mit Anklagen wegen Beteiligung am Mord gedroht. Gegen einige, die von der Polizei nicht gleich aufgegriffen werden konnten, wurden Haftbefehle ausgestellt. Manche brachten sich erst mal in Sicherheit, um die weitere Entwicklung abzuwarten – auch weil sie sich im Verhältnis zu den in den Haftbefehlen angegebenen Gründen – grundlos kriminalisiert fühlten. Waren das Konstruktionen des Staatsschutzes? Ging das auf Denunziationen und Aussagen anderer StartbahngegnerInnen zurück?

Wir wissen heute, dass sich Klaus Steinmetz innerhalb eines Kreises von Genossinnen und Genossen befand, der versuchte, einer so zum "Abtauchen" gezwungenen Person zu helfen. Daraus entstand nicht nur ein gewisser Vertrauensbonus, den Steinmetz später auch benutzte. Es ging dabei natürlich auch um die ganzen Fragen, die sich um eine solche Illegalität drehen: Welche Perspektive gibt es dort, was kann dort gemacht werden – welchen Weg will ein Mensch einschlagen, der dorthin gezwungen wurde. Warum sich nicht also mal mit denen treffen, die dort die längsten Erfahrungen haben, die vielleicht helfen können, wie Steinmetz öfter vorschlug. Es ist nie dazu gekommen. Das lag aber nicht an ihm, sondern weil die Person das für sich ausschloss. Wäre das allerdings anders gewesen, wäre Steinmetz mit dran gewesen, eben mitgeschwommen – wie auch zu anderen Zeiten seiner Karriere. Gegen die Person ist später nichts Weiteres passiert. Der Haftbefehl wurde ohne Begründung aufgehoben – die schwerwiegenden Vorwürfe spielten plötzlich keine Rolle mehr. Deshalb, weil sie von Anfang an erfunden waren, um Steinmetz eine Gelegenheit zum Kontakt mit Illegalen, mit der RAF zu ermöglichen?

Stammheim, Institut Francais, Hungerstreik – der Weg zur RAF?

Ende 1986 wechselt Steinmetz seine Wohnort: Er zieht von Mainz nach Wiesbaden. Irgendwann wird bei einer Hausdurchsuchung eine von ihm geschriebene handschriftliche Erklärung zu einer Aktion gefunden – einer Aktion, die nicht stattgefunden hat. Mysteriös auch ihm angeblich zugesteckte Info über die Einleitung eines §129a-Verfahrens gegen einen Kreis von Leuten, die im Herbst eine Demo gegen eine Tagung einer Nato-Organisation (ATA) vorbereitet. Steinmetz fordert daran anknüpfend eine Diskussion über Kriminalisierung ein.

Im Spätsommer 1987 wird eine Demonstration zum zehnten Jahrestag des Todes von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe in Stuttgart vorbereitet. Die Initiative ging vom autonomen Süddeutschenplenum aus und war für die damalige Zeit in gewisser Weise eine Novum: Eine gewollte und gesuchte Annäherung der autonomen und antiimperialistischen Spektren. Der Kreis, in dem sich Klaus Steinmetz in Mainz und Wiesbaden bewegte und Steinmetz selber beteiligten sich an der Vorbereitung dieser Demonstration, die Solidarität und gemeinsamen Kampf mit den Gefangenen aus der Guerilla ausdrücken sollte. Für die Rhein-Main-Region stellte diese Beteiligung nochmal eine besondere Ausnahme dar: Gerade das autonome Spektrum dieser Region hielt noch stur an Abgrenzung fest.

"Jeder Schritt aufeinander zu ist ein Schritt nach vorne" – das war eine der Parolen, mit denen im linksradikalen Spektrum für diese Demonstration mobilisiert wurde. Für Steinmetz eröffnete das den Zugang zu antiimperialistischen GenossInnen in Wiesbaden, die ihn so als einen Menschen erfahren haben, der die alten Abgrenzungen zwischen Autonomen und AntiimperialistInnen überwinden will und offen für eine Zusammenarbeit ist. Das galt auch dann noch, als er immer weniger mit dem Zusammenhang zu tun hatte, mit dem er bisher zusammenarbeitete. Aus dem Ergebnis wissen wir heute, dass ihm großes Vertrauen entgegengebracht wurde; offensichtlich konnte er Fragen zu seiner Kaiserslauterner Zeit, zu seinem Verhalten und Absichten, sofern sie ihm gestellt wurden, immer wieder zerstreuen. Vielleicht wirkte der gleiche Effekt wie 1985 in Mainz: Damals war schnell Übereinstimmung in der Wut auf "Antiimps" herzustellen, jetzt war man unkritisch, weil man ja nicht einen verprellen will, der von den Autonomen herkommt?

Nach den Ereignissen an der Startbahn wurde Steinmetz so großes Vertrauen entgegengebracht, dass er sich an einer militanten Aktion beteiligen konnte. Im Frühjahr 1988 wurden während des Hungerstreiks von französischen Gefangenen aus der Guerilla

"Action directe" in Frankfurt-Bockenheim brennende Barrikaden errichtet und das "Institut Francais" demoliert. Im Zusammenhang mit dieser Aktion wurde in einer Lederjacke ein Strafzettel gefunden, der auf Steinmetz hinweist. Eine Hausdurchsuchung folgt – nie allerdings eine Anklage oder ein Prozess. Diese Aktion gegen das "Institut Francais" hatte zumindest für die Rhein-Main-Region eine bestimmte Bedeutung. Es war keine Aktion einer militanten Kleingruppe, sondern, wie damals in einem Text geschrieben wurde, eine mit vielen GenossInnen verschiedener Städte der Region gemeinsam vorbereitete und durchgeführte Aktion. Offen im militanten Auftreten, sollte es auch die Verunsicherung und Defensive nach dem 2. November 87 durchbrechen.

Steinmetz hat durch seine Beteiligung an dieser Aktion die Verbindung mit den "Antiimps" festigen können. Über die Zusammenarbeit im Infoladen, bei den Aktivitäten während des Hungerstreiks 1989 und bei und nach der Besetzung des Hauses in der Helenenstraße in Wiesbaden war er dann fest integriert. Die Umbrüche in diesem Spektrum, die Orientierungslosigkeit und das Bedürfnis, zu recht "neue Wege beschreiten" zu wollen, führten dazu, dass Steinmetz mit seiner Kritik an "straighten Antiimps" offene Türen einrennt: Viele sehen sich selber als deren Opfer.

Siggi Nonne – ein Bauernopfer des VS?

Ende Januar 1992 erschütterte – wenn wir den Medien glauben – ein Skandal die Republik: Die RAF hätte bei einem gewissen Siggi N. aus Bad Homburg, während der Zeit der Vorbereitung des Angriffs auf die Fahrzeugkolonne des Chefs der Deutschen Bank, im November 1989 Quartier gemacht – und dieser Mensch hätte sich den Behörden offenbart. Ein Erfolg behördlicher Aufklärungsarbeit gegen die RAF war zu feiern. Bereitwillig glaubten die Medien das – bis durchsickerte, dass dieser Siggi Nonne schon Anfang der 80er Jahre unter dem Verdacht stand, Informant des Verfassungsschutzes zu sein und umgehend isoliert wurde. Noch mehr Ungereimtheiten tauchten auf, seine Schwägerin widersprach öffentlich, weil sein Bruder in dieser Zeit mit Siggi Nonne zusammen wohnte, auch die RAF dementierte, jemals bei der Person gewesen zu sein. Aus dem Erfolg wurde ein Skandal: Der Verfassungsschutz war informiert. Kurze Zeit später wurde Nonne als Psychopath präsentiert, der alles nur erfunden hätte.

Was hat diese Geschichte mit Klaus Steinmetz zu tun? Der Spitzel Siggi Nonne zeigt einige Parallelen: Zum Beispiel die, von örtlichen Friedensgruppen des Taunus' aus Kontakt zu antiimperialistischen Gruppen, die vom Staatsapparat als "RAF-Umfeld" eingeordnet wurden, zu suchen und dort mitzuschwimmen. Er wurde damals verdächtigt und der Umgang mit ihm abgebrochen. Dass er knapp zehn Jahre später wieder auftauchte – und bevor er groß in die Medien kam, schickte der VS ihn nochmals los, um mit einer abenteuerlichen Geschichte bei linken Rechtsanwälten vorstellig zu werden – hat unserer Einschätzung nach wenig mit dem vorübergehenden "Fahndungserfolg" zu tun, den der Staatsapparat inszeniert hätte, um von seiner Erfolglosigkeit abzulenken. So wurde das damals hauptsächlich interpretiert.

Wir sehen einen unmittelbaren Zusammenhang mit Klaus Steinmetz: Nonne wurde aus der Versenkung geholt und präsentiert, um von Steinmetz abzulenken. Warum? In dem Jahr vor Nonnes Medienerfolg gab es Hinweise auf einen V-Mann des Verfassungsschutzes im Rhein-Main-Gebiet. Wiederholt konnte die *Welt* berichten, dass es dem Verfassungsschutz gelungen sei, im Umfeld der RAF im Rhein-Main-Gebiet einen V-Mann zu platzieren. Zuerst als Verunsicherungstaktik abgetan, fragten sich dann aber doch einige Genossinnen und Genossen, ob und was denn da wohl dran sein könnte. Dann tauchte die Nonne-Geschichte auf – und alle Fragen schienen eine Antwort zu

haben: Ja, Siggi Nonne war damit gemeint.

Heute können wir die Informationen ganz anders zusammensetzen und sie ergeben ein anderes Bild. Nach dem Umzug Steinmetz' Ende 1986 von Mainz nach Wiesbaden informierte der rheinland-pfälzische VS die hessischen Kollegen. Einer ihrer Mitarbeiter würde jetzt in Hessen operieren, aber weiter von Rheinland-Pfalz aus geführt werden. Man sei zwar "vor vielen Jahren ordnungsgemäß über den Umzug eines V-Mannes aus Mainz nach Wiesbaden informiert worden, aber außer seiner Existenz sei über diesen Mann in Hessen nichts bekannt gewesen." (*Frankfurter Rundschau* vom 19. Juli 93) Die Vermutung liegt nahe, dass der hessische VS "undicht" war – und von dort das Info an die *Welt* ging. Aus dem, was bis jetzt bekannt ist – und aus der Methodik von Geheimdiensten auch glaubhaft – wusste der hessische VS nicht genau, um welche Person es sich handelt, sondern nur, in welcher Szene er sich bewegte.

Bei den Geheimdiensten mussten diese *Welt*-Meldungen Alarm auslösen. Vermutlich konnte Steinmetz sogar berichten, dass in diesen Kreisen Fragen und Vermutungen wegen dieser Meldungen angestellt wurden. Vielleicht wäre es nur eine Frage der Zeit gewesen, bis der Verdacht auf ihn gefallen wäre; Unsicherheit musste auch darüber herrschen, was die Quelle dieser Infos sonst noch wusste und ob, wer weiß, vielleicht das auch irgendwann in der Zeitung gestanden hätte. Hatte Steinmetz zu dieser Zeit schon Kontakt zur RAF? Eine Gefährdung dieser so lange gesuchten Verbindung zu riskieren wegen durchgesickerter Infos? Auch ohne dass ein Verdacht auf Klaus Steinmetz gefallen wäre, der nicht auszuschließende Abbruch oder die Reduzierung aller möglichen Kontakte der RAF in dieser Region, bis mehr Klarheit über diese Meldungen herrscht, hätte für den VS schon einen herben Rückschlag bedeutet und die langjährige Operation gefährdet. Dem musste Abhilfe geschaffen werden. Weil offensichtlich die Meldung aus dem hessischen VS an die Öffentlichkeit gedrungen ist, musste der auch das Ablenkungsmanöver starten. Siggi Nonne wurde als "Bauernopfer" ausgewählt, weil auf ihn einige der Merkmale von Klaus Steinmetz zutrafen, weil es plausibel war.

Aus Sicht des Verfassungsschutzes rechtfertigte der endlich hergestellte heiße Draht zur RAF allemal eine solche Finte. Es hatte für die Verantwortlichen im hessischen VS nie Konsequenzen, selbst als – was es ja auch sollte – aus dem Fahndungserfolg eine Geheimdienstschote geworden war: Kein Rücktritt ist bekanntgeworden, keine Strafversetzung der zuständigen Abteilungsleiter oder auch nur Sachbearbeiter. Von Siggi Nonne haben wir seitdem nichts mehr gehört. Das Letzte war, dass er in eine unbekannte Psychiatrie eingewiesen wurde – damit er erst richtig verrückt wird, auf jeden Fall für immer schweigt?